

Antrag

der Abgeordneten Dr. Hermann Ott, Bärbel Höhn, Hans-Josef Fell, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Dorothea Steiner, Cornelia Behm, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Ulrike Höfken, Dr. Anton Hofreiter, Ingrid Nestle, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Daniela Wagner, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Europäisches Klimaschutzziel für 2020 anheben

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich in der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass das gemeinsame Klimaschutzziel für 2020 ohne Vorbedingungen auf 30 Prozent Emissionsminderung gegenüber dem Jahr 1990 erhöht wird.

Berlin, den 6. Juli 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Bislang haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Dezember 2008 im Rahmen des europäischen Klima- und Energiepakets auf eine unkonditionierte Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020 von 20 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 geeinigt. Eine Anhebung des europäischen Klimaziels auf minus 30 Prozent ist bislang nur unter der Bedingung vorgesehen, dass andere Staaten sich zu vergleichbaren Zielen und Maßnahmen verpflichten.

Am 26. Mai 2010 hat die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung „Analysis of options to move beyond 20 % greenhouse gas emission reductions and assessing the risk of carbon leakage“ eine Abschätzung über die Kosten und Effekte einer Erhöhung des unkonditionierten europäischen Minderungsziels auf 30 Prozent vorgelegt. Die EU-Kommission kommt in dieser aktuellen Abschätzung zu dem Ergebnis, dass die Erreichung des bestehenden 20-Prozent-Ziels wegen des derzeit verringerten Emissionsausstoßes in der EU um etwa 30 Prozent billiger wird, als noch vor zwei Jahren angenommen.

Die Kommission legt dar, dass die energiebedingten Emissionen in Europa in 2008 um 6 Prozent und in 2009 um 11,6 Prozent gefallen sind und zusätzlich nur etwa 33 Mrd. Euro bereitgestellt werden müssten, um das Minderungsziel von 30 Prozent zu erreichen. Die Gesamtkosten zur Erreichung dieses Klimaziels

würden sich damit auf 81 Mrd. Euro belaufen statt der 70 Mrd. Euro, die für die Erreichung des 20-Prozent-Ziels veranschlagt worden waren. Die EU-Kommission führt außerdem weiter aus, dass den Mehrkosten durch die Klimaschutzmaßnahmen erhebliche Vorteile in den Bereichen Energiesicherheit, Luftqualität und Schaffung von Arbeitsplätzen gegenüberstehen. Auch hebt sie hervor, dass ein ehrgeizigeres Minderungsziel der EU für 2020 umso drastischere und kostenintensivere Reduktionsanstrengungen nach 2030 vermeiden helfe.

Mit dem Ziel einer Minderung der deutschen Treibgasemissionen um 40 Prozent bis 2020 (bezogen auf 1990) hat die Bundesregierung bereits eine Zielmarke gesetzt, die dem deutschen Minderungsanteil einer europäischen Gesamtminde- rung von 30 Prozent bis 2020 beinahe entspricht. Mit einer EU-weiten Anhe- bung des Klimaziels würden nun auch andere Länder der europäischen Union verpflichtet, ihrerseits mehr für den Klimaschutz zu tun.

Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen, hat die Forderung nach Anhebung des europäischen Minderungsziels auf unkontingente minus 30 Prozent bereits öffentlich unterstützt. Vor allem vor dem Hintergrund der kommenden Klimakonferenz im mexikanischen Cancun im Dezember 2010 wäre es ein wichtiges und notwendiges Zeichen, wenn sich die gesamte Bundesregierung und insbesondere auch die Bundes- kanzlerin jetzt für das 30-Prozent- Ziel der EU einsetzen würden.